

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Literaturverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	23
§ 1 Fragen des Gerichtsstandes	29
A. Zulässigkeit des Rechtsweges	29
I. Ordentliche Gerichtsbarkeit	29
1. Prüfungsumfang der Zivilgerichte	29
2. Sonderzuständigkeiten	30
3. Haftungsansprüche seitens des Finanzamts	31
4. Prüfungskompetenzen des Berufungsgerichts	31
II. Arbeitsgerichtsbarkeit	32
1. Insolvenzverwalter als Arbeitgeber	32
a) Rechtsprechung der Arbeitsgerichte	32
b) Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte	33
2. Sachwalter als Arbeitgeber	36
3. Leitungsorgane der eigenverwaltenden Schuldnerin als Arbeitgeber	36
B. Örtliche Zuständigkeit	37
I. Ausschließliche Zuständigkeit	37
II. Allgemeine Gerichtsstände	39
1. Zuständigkeit nach den §§ 12, 13 ZPO	39
2. Zuständigkeit nach § 19a ZPO	40
a) Eingeschränkter Anwendungsbereich	40
b) Praktische Probleme	40
III. Zuständigkeit nach § 32 ZPO (Gerichtsstand der unerlaubten Handlung)	42
IV. Zuständigkeit nach § 29 ZPO	45
V. Sonstige Möglichkeiten einer (individuellen) Zuständigkeitsbegründung	45
C. Sachliche Zuständigkeit	45
§ 2 Prozessführungsbefugnis und Aktivlegitimation	47
A. Unterscheidung zwischen Aktivlegitimation und Prozessführungsbefugnis ..	47
B. Prozessführungsbefugnis	47
I. Einzel- und Gesamtschaden	47
II. Einzelfälle zur Prozessführungsbefugnis	50
1. Treuhänder	50
2. Massegläubiger	50

3. Prozessführungsbefugnis für einen Anspruch nach § 61 InsO	50
4. Prozessführungsbefugnis nach Verfahrensbeendigung	51
5. Anspruchsberechtigung gegen den Gläubigerausschuss	52
III. Prozessführungsbefugnis des Sonderinsolvenzverwalter und deren Grenzen	53
C. Anspruchsberechtigung nach § 60 InsO	53
I. Voraussetzung der Beteiligteneigenschaft	53
II. Einzelfälle zu den Beteiligten i.S.d. § 60 InsO	55
1. Exemplarische Auflistung weiterer „Beteiligter“ i.S.d. § 60 InsO.	55
2. Exemplarische Auflistung „Nicht-Beteiligter“ i.S.d. § 60 InsO ...	56
3. Organmitglieder der Insolvenzschuldnerin (Geschäftsführer, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) als „Beteiligte“ im Rahmen des D&O-Versicherungsschutzes?	58
III. Exkurs: analoge Anwendung der §§ 60, 61 InsO auf die Haftung des Zwangsverwalters?	61
D. Anspruchsberechtigung nach § 61 InsO	63
§ 3 Passivlegitimation	65
A. Inanspruchnahme des Verwalters persönlich	65
B. Unrichtige Parteibezeichnung	65
I. Fälle versehentlich unklarer Parteibezeichnung	65
II. Fälle einer nachträglichen Klageänderung	66
III. Ausschließliche Änderung oder Erweiterung der im ersten Rechtszug erhobenen Klage	67
C. Geltendmachung einer Masseverbindlichkeit neben einer persönlichen Schadensersatzforderung	68
D. Verhältnis der Insolvenzmasse zur persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters	69
I. Keine Primärhaftung der Insolvenzmasse	69
II. Gesamtschuldverhältnis zwischen Masse und Verwalter persönlich?	70
§ 4 Schadensersatzanspruch nach § 61 InsO	73
A. Rangverhältnis der §§ 60, 61 InsO	73
B. Anwendungsbereich des § 61 InsO	74
I. Fehlende Anwendbarkeit auf den „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalter	74
II. Eingeschränkte Anwendbarkeit auf den vorläufigen (starken) Verwalter?	75
III. Fehlende Anwendbarkeit des § 61 InsO auf die Haftung der Schuldnerin und deren Organe im Rahmen der Eigenverwaltung	76
1. Fehlende gesetzliche Regelung in der Insolvenzordnung	76

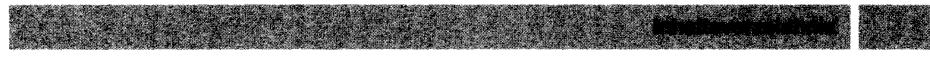


2. Fehlende analoge Anwendbarkeit auf die eigenverwaltenden Organe	77
a) „Gesellschaftsrechtlicher“ Lösungsansatz	77
b) „Insolvenzrechtlicher“ Lösungsansatz	78
3. Aktuelle Rechtsprechung und Ausblick	81
IV. Anwendbarkeit auf den Sachwalter	81
V. Anwendbarkeit auf den Treuhänder	82
VI. Analoge Anwendbarkeit der Haftungsmaßstäbe des § 61 InsO auf den Sanierungsberater?	82
C. Begründung einer Masseverbindlichkeit	83
D. Pflichten gegenüber dem Prozessgegner	85
E. Pflichten gegenüber dem Zwangsverwalter	86
F. Haftung für Primär- und Sekundäransprüche	87
G. Haftung für oktroyierte Masseverbindlichkeiten	88
H. Pflichten im Rahmen der Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	89
I. Pflichten im Rahmen des § 61 InsO in Bezug auf die verspätete Masseunzulänglichkeitsanzeige?	91
J. Exkulpationsmöglichkeit nach § 61 S. 2 InsO	91
K. Einzelfälle zur Haftung nach § 61 InsO	94
L. Darlegungs- und Beweislast	96
 § 5 Schadensersatzanspruch nach § 60 InsO	97
A. Rangverhältnis der §§ 60, 61 InsO	97
B. Anwendungsbereich des § 60 InsO	98
I. Anwendbarkeit auf den Insolvenzverwalter	98
II. Anwendbarkeit des § 60 InsO auf die Haftung des Schuldners und deren Organe im Rahmen der Eigenverwaltung?	98
1. Fehlende gesetzliche Haftungsregelung für die eigenverwaltenden Organe in der Insolvenzordnung	99
2. Keine analoge Anwendung des § 60 InsO	99
a) „Gesellschaftsrechtlicher“ Ansatz	100
b) „Insolvenzrechtlicher“ Lösungsansatz	100
3. Aktuelle Rechtsprechung und Ausblick	103
III. Anwendbarkeit auf den Treuhänder nach § 292 InsO	103
IV. Anwendbarkeit auf den Sachwalter nach § 274 Abs. 1 S. 2 InsO	104
C. Unterscheidung von Innen- und Außenhaftung im Rahmen des § 60 InsO	106
D. Innenhaftung des Insolvenzverwalters nach § 60 InsO	107
I. Pflichten im Rahmen der Inbesitznahme	107

II. Pflichten im Rahmen der Verwaltung, Erhaltung und Nutzung der Insolvenzmasse	109
1. Prüfungen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung von laufenden Versicherungen	109
a) Versicherungen gegen Diebstahl, Feuer, Wasser und Sturm ...	109
b) D&O-Versicherung	111
aa) Allgemein gebotene Risikobeurteilung	112
bb) Vom Insolvenzverwalter zu berücksichtigende Besonderheiten der D&O-Versicherung	112
cc) Ausnahmsweise bestehende Möglichkeit zur Zahlung rückständiger Versicherungsprämien?	114
dd) Besondere Sorgfaltspflichten	116
c) Vertrauensschadenversicherung	117
2. Pflichten im Hinblick auf die Durchsetzung von Ersatzansprüchen gegen ehemalige Unternehmensorganmitglieder, insbesondere bei bestehendem D&O-Versicherungsschutz	118
a) Pflichten bei nicht bestehender D&O-Versicherung	118
b) Pflichten bei bestehender D&O-Versicherung	122
aa) Pflichten im Rahmen der sorgfältigen Geltendmachung von Ansprüchen gegen Organmitglieder	122
(1) Pflicht zur rechtzeitigen Geltendmachung von Ansprüchen gegen Organmitglieder	122
(2) Prüfungspflicht im Hinblick auf den Verbrauch der Versicherungssumme	124
bb) Pflichten im Hinblick auf versicherungsvertragliche Obliegenheiten	125
(1) Verstoß gegen Auskunftspflichten gegenüber dem Versicherer nach § 31 VVG	126
(2) Verletzung von Obliegenheiten im Rahmen der Schadensmeldung/-geltendmachung	130
(3) Pflichten im Rahmen der Feststellung von Forderungen Dritter	130
cc) Pflichten im Rahmen der Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber mehreren Unternehmensorganen bzw. Organmitgliedern	132
(1) Getrennte gerichtliche Geltendmachung gegen mehrere Geschäftsführer/Vorstandsmitglieder	133
(2) Prüfungspflichten im Rahmen der (zusätzlichen) Inanspruchnahme der Aufsichtsratsmitglieder	134
(3) Pflichten bei Geltendmachung mehrerer Ansprüche innerhalb einer Versicherungsperiode	134
dd) Pflichten im Zusammenhang mit Insolvenzatbeständen ..	136

3. Pflichten im Zusammenhang mit dem Abschluss von Einzel-objektdeckungen	138
a) Risiken bei Entnahme von Vorschüssen zur Zahlung der Versicherungsprämie	138
b) Ermessensspielraum zur Auswahl der „optimalen“ Einzel-objektdeckung?	139
c) Überprüfungs- und ggf. Anpassungsbedarf einer Einzel-objektdeckung während des Verfahrens	140
4. Pflichten bei Einschaltung externer Rechtsanwälte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer als „Hilfskräfte“ i.S.d. § 5 sowie § 4 Abs. 1 S. 3 InsVV	140
a) Nicht delegierbare höchstpersönliche Aufgaben	141
b) Regelaufgaben in Abgrenzung zu „besonderen Aufgaben“ ...	141
c) Angemessenheit der Vergütung	145
d) Deckungs- und Schadensfragen	147
III. Pflicht zur bestmöglichen Verwertung der Insolvenzmasse	147
a) Pflichten bei Vergleichsabschlüssen, insbesondere über Anfechtungs- und (Schadens-)Ersatzansprüche	147
aa) Pflichten bei erfolgversprechendem Anspruch hinsichtlich dessen Geltendmachung	147
bb) Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs über Anfechtungs- oder (Schadens-)Ersatzansprüche	149
cc) Möglichkeit eines Vergleichsschlusses bei im Wesentlichen klarer Sach- und Rechtslage	150
dd) Möglichkeiten eines Vergleichsschlusses bei unklarer Sach- und/oder Rechtslage	150
ee) Bedeutung eines eingeschränkten Beurteilungs- und Ermessensspielraums des Insolvenzverwalters	151
ff) Darlegungs- und Beweislastfragen / Aktivlegitimation	152
b) Pflichten im Rahmen der Freigabe von Massegegenständen	152
c) Pflichten im Zusammenhang mit der Einstellung des Geschäftsbetriebs	152
d) Anlage nicht benötigter Gelder aus der Insolvenzmasse	153
IV. Nichtverfolgung von Ansprüchen durch den Insolvenzverwalter	156
1. Anzuwendende Grundsätze	157
2. Einzelfälle	158
V. Pflichten und Grenzen im Rahmen des unternehmerischen Ermessensspielraums	161
1. Unterscheidung von gebundenen und Ermessensentscheidungen ..	162
2. Ermessensgrenzen	163
a) Insolvenzzweck als generelle Grenze	163

b) Sonstige durch die Rechtsprechung festgestellte Ermessensgrenzen	163
3. Anwendbarkeit der Business Judgement Rule auf den Sorgfaltsmäßigstab des Verwalters für die Beurteilung von Ermessentscheidungen?	164
4. Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Gläubiger	165
5. Fazit	167
E. Außenhaftung des Insolvenzverwalters nach § 60 InsO	167
I. Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber den Insolvenzgläubigern	168
1. Haftung des Insolvenzverwalters im Zusammenhang mit der Forderungsanmeldung sowie wegen unrichtiger Erstellung des Verteilungsverzeichnisses	168
2. Haftung auf den Quotenschaden durch Verkürzung der Verteilungsmasse	170
II. Pflichten gegenüber Aus- und Absonderungsberechtigten	171
1. Hinweispflichten des Insolvenzverwalters hinsichtlich des Sicherungsschutzes von Ab- und Aussonderungsgut	171
2. Pflichten im Rahmen der Verwertung von Absonderungsgut	175
a) Absonderungsberechtigter im Besitz des Sicherungsguts	177
b) Insolvenzverwalter im Besitz des Sicherungsguts	177
3. Pflicht zur unverzüglichen Erlösauskehr	181
4. Zurechnung von Fehlverhalten des vom Insolvenzverwalter ausgewählten Verwerters bei der Verwertung von Absonderungsgut	182
a) Pflichten bei Beauftragung und Kontrolle von Inventur- und Verwertungsunternehmen	182
b) Besonders zu beachtende Einzelpflichten	183
c) Fazit	185
III. Miet- und pachtrechtliche Pflichten	185
IV. Pflichten im Rahmen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit nach § 208 InsO	188
1. Weiter Handlungsspielraum des Insolvenzverwalters	189
2. Schutzzweck der Masseunzulänglichkeitsanzeige	192
3. Abgrenzung von Alt- und Neumassee verbindlichkeiten	193
a) Anzeige oder tatsächlicher Eintritt entscheidungserheblich?	194
b) Forderungsbegründung oder Zeitpunkt der Leistungserbringung maßgeblich?	194
V. Pflichten hinsichtlich der Berücksichtigung der Kosten des Prozessgegners	196
1. Anzuwendende Grundsätze	196
a) Grundsätzlich fehlende Haftung nach § 60 InsO mangels Beteiligungseigenschaft	196



b) Sondersituationen	198
2. Grundsätze einer Haftung des Verwalters nach § 826 BGB	200
VI. Pflichten hinsichtlich der Berücksichtigung von Vergütungsinteressen des Zwangsverwalters	205
VII. Pflichten gegenüber Unternehmensorganen im Rahmen einer bestehenden D&O-Versicherung?	206
1. Fehlende Beteiligteigenschaft des Unternehmensorganmitglieds (Geschäftsführer, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder)	207
2. Pflicht zur Beachtung von im Anstellungsvertrag getroffenen Versicherungsverschaffungsklauseln?	209
VIII. Pflichten des Verwalters gegenüber Unternehmensorganen zur Schadensminderung durch Geltendmachung von Anfechtungsansprüchen?	212
F. Darlegungs- und Beweislast bei Inanspruchnahmen nach § 60 InsO	213
I. Darstellung der Grundsätze zur Darlegungs- und Beweislast	213
II. Einzelfälle und Sonderfragen	214
1. Anspruch auf Einsichtnahme in die Geschäftsunterlagen zur Ermöglichung ausreichend substantiierten Vortrages?	214
2. Negative Tatsachen	215
3. Voraussetzungen einer sekundären Darlegungslast des Insolvenzverwalters	215
4. Einfluss einer groben Pflichtverletzung auf die Darlegungs- und Beweislast	216
5. Darlegungs- und Beweislast des Sonderinsolvenzverwalters bei Innenhaftungsansprüchen	216
6. Darlegungs- und Beweislastverteilung bei unternehmerischen Ermessensentscheidungen	216
§ 6 Haftung nach allgemeinen Grundsätzen	219
A. „Zahlungszusagen“ sowie „Garantieerklärungen“ (insbesondere eines schwachen vorläufigen Verwalters)	219
I. Persönliche Haftungsübernahme im vorläufigen Verfahren	219
II. Persönliche Haftungsübernahmen im endgültigen Verfahren	224
B. Verkehrssicherungspflichten	228
C. Sachwalterhaftung (Verschulden bei Vertragsschluss, § 311 Abs. 3 BGB)	229
D. Verwertungsvereinbarungen	231
E. Haftung nach deliktsrechtlichen Grundsätzen	232

§ 7 Steuerrechtliche Haftung des Insolvenzverwalters nach § 34, 69 AO	237
A. Vorrang der Haftung nach § 69 AO gegenüber § 60 InsO	237
B. Haftung des vorläufigen Verwalters, Sachwalters und Treuhänders	237
I. Insolvenzverwalter	237
II. Sachwalters	238
III. Treuhänder	239
C. Haftung des endgültigen Verwalters – Einzelfälle	239
D. Auskunfts- und Vorlageersuchen zur Prüfung einer Haftung des Insolvenzverwalters?	242
§ 8 Verschulden	245
Vorbemerkung	245
A. Haftung für eigenes Verschulden	245
I. Verschuldensmaßstab nach § 60 Abs. 1 S. 2 InsO	245
II. Verschuldensmaßstab nach § 69 AO	248
B. Haftung für fremdes Verschulden	249
I. Haftung für das Verschulden von Angestellten der Insolvenzschuldnerin	249
II. Haftung für das Verschulden eigenen Personals des Insolvenzverwalters	251
III. Haftung für Verschulden externer Dritter	252
1. Verschulden externer Dritter i.S.d. § 60 InsO	252
2. Verschulden externer Dritter i.S.d. §§ 69, 34 AO	254
C. Auswirkungen eines Rechtsirrtums des Insolvenzverwalters	254
D. Darlegungs- und Beweislast	256
§ 9 Kausalität	257
A. Grundsätze	257
B. Einzelfragen zur Kausalität	257
C. Fallgestaltungen zur Kausalität im Rahmen des § 69 AO	258
I. Rechtmäßiges Alternativverhalten	259
II. Fallgestaltungen hypothetischer Kausalität	259
D. Darlegungs- und Beweislast	260
§ 10 Schaden	263
A. Schadensentstehung und -umfang	263
I. Schadensumfang nach §§ 60, 61 InsO	264
a) Schadensumfang nach § 60 InsO	264

b) Schadensumfang nach § 61 InsO	265
c) Vorteilsausgleichung	266
II. Schadensumfang im Rahmen der Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsschluss (§ 311 Abs. 3 BGB)	266
B. Einzelfälle	267
I. Einzelfälle zu § 61 InsO	267
1. Ausfallschaden	267
2. Umsatzsteuer	267
3. Gewinnanteil	268
4. Ausgefallener Mietzins	269
5. Mietnebenkosten	269
6. Schaden im Zusammenhang mit Kündigungen	270
II. Einzelfälle zu § 60 InsO	271
1. Schaden bei Inanspruchnahme von Masse und Insolvenzverwalter persönlich	271
2. Schaden bei Verstoß gegen die Pflicht zur bestmöglichen Verwertung der Insolvenzmasse	272
3. Umsatzsteuer als Schadensposition	273
4. Schaden bei unberechtigter Masseunzulänglichkeitsanzeige	274
5. Schaden bei Befriedigung einzelner Gläubiger trotz Masseunzulänglichkeit	274
6. Schaden bei verspäteter oder unterlassener Masseunzulänglichkeitsanzeige	275
7. Schaden von Arbeitnehmern im Zusammenhang mit Masseunzulänglichkeit	275
8. Gesamtschaden bei unterlassener Anzeige der Masseunzulänglichkeit	277
9. Schaden bei (übereilten) Veräußerungen unter Wert	277
10. Schaden im Zusammenhang mit Treuhandkontenmodellen	278
11. Schaden bei überhöhter Vergütungszahlung an „Hilfskräfte“ nach § 4 Abs. 1 S. 3 InsVV	279
12. Miet- und Pacht ausfallschäden	280
13. Schaden im Rahmen der Verwertung nach den §§ 166 ff. InsO	281
14. Schaden bei Verletzung von Aussonderungsrechten	282
15. Schaden bei unberücksichtiger Forderung im Rahmen des Verteilungsverzeichnisses	283
16. Schaden bei vorzeitigen Abschlagszahlungen an die Gläubiger entgegen den Vorgaben eines Insolvenzplans	283
17. Schaden aufgrund verspäteter Anmeldung von Schadensersatzansprüchen gegenüber der D&O-Versicherung	283

18. Schaden bei unterlassener Information eines aus- oder absonde- rungsberechtigten Gläubigers über fehlenden oder unzureichen- den Versicherungsschutz	284
19. Schaden bei pflichtwidriger Betriebsfortführung	284
20. Schaden des Insolvenzschuldners	285
III. Einzelfälle zu § 69 AO	285
C. Darlegungs- und Beweislast	286
§ 11 Mitverschulden	287
A. Anwendbarkeit von § 254 BGB im Rahmen der Insolvenzverwalterhaftung ..	287
B. Mitwirkendes Verschulden bei Ansprüchen nach § 60 InsO	287
C. Mitwirkendes Verschulden bei Ansprüchen nach § 61 InsO	292
D. Mitverschulden nach allgemeinen Grundsätzen	293
E. Mitverschulden bei Ansprüchen nach § 69 AO	293
F. Darlegungs- und Beweislast	295
§ 12 Entlastung / Haftungsausschluss	297
A. Auswirkung der Zustimmung der Gläubigerorgane (Gläubigerversammlung und -ausschuss) und/oder des Insolvenzgerichts	297
B. Zulässigkeit und Folgen von Haftungsfreizeichnungsklauseln	300
§ 13 Verjährung	301
A. Verjährung der Ansprüche nach §§ 60, 61 InsO sowie nach allgemeinen Grundsätzen	301
B. Verjährungsbeginn	301
I. Kenntnis nach § 62 S. 1 InsO i.V.m. § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB	302
1. Einzel- oder Individualschaden	302
2. Gesamtschaden	303
II. Grob fahrlässige Unkenntnis i.S.d. § 62 S. 1 InsO i.V.m. § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB	303
1. Einzelschaden	304
2. Gesamtschaden	304
C. Absolute Verjährungsgrenze	306
I. Bestimmung des Verjährungsbeginns nach Eröffnung des Verfah- rens	307
II. Bestimmung des Verjährungsbeginns hinsichtlich des vorläufigen Verfahrens und gesetzlich nicht ausdrücklich geregelter Fallkonstel- lationen	308

§ 14 Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung	311
A. Berufsgruppen und allgemeine Absicherungsmöglichkeiten	311
B. Grundsätze allgemeiner Berufshaftpflichtversicherungen für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer	311
I. Keine Versicherungspflicht als Insolvenzverwalter i.S.d. § 113 VVG	312
II. Klärungsbedarf hinsichtlich des Deckungsumfangs einer allgemeinen Haftpflichtdeckung	314
C. Zusätzliche Absicherungsmöglichkeiten von Haftungsrisiken im Rahmen von betreuten Insolvenzverfahren	315
I. Abschluss einer zusätzlichen Haftpflichtversicherung für unbenannte Verfahren	315
II. Einzelobjektdeckung für konkrete Verfahren	316
III. Beispiele	316
IV. Anregungen für die Praxis	317
D. Verstöße gegen Kardinalpflichten und mögliche deckungsrechtlichen Folgen	317
I. Wissentliche Pflichtverletzung als Ausgangspunkt für eine mögliche Leistungsfreiheit des Berufshaftpflichtversicherers	318
1. Offensichtlicher Verstoß gegen §§ 60, 61 InsO grundsätzlich unzureichend	320
2. Kardinalpflichtenverstoß und Ausmaß der objektiven Pflichtverletzung als Ansatzpunkte möglicherweise wissentlichen Handelns	320
II. Beispiele	321
1. Fehlende Aufstellung einer fortlaufend aktualisierten Liquiditätsplanung sowie der Erstellung einer Betriebsfortführungsprognose	322
2. Deckungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der fehlenden Sicherstellung eines Gläubigerzuflusses aufgrund von erzielten Verwertungserlösen	323
E. Fehlender Versicherungsschutz bei Erfüllungsansprüchen	324
F. Fehlender Versicherungsschutz bei Gebühren-/Honorarrückforderungsansprüchen	325
Stichwortverzeichnis	327